

# Kämpferische und nachdenkliche Töne beim Aschermittwoch

Die Freien Wähler gingen hart mit dem Kurs der Ampel-Koalition ins Gericht – Hauptredner Martin Scharf übte deutliche Kritik an der AfD

**Bodenwöhr.** Beim politischen Aschermittwoch der Ortsvereine Bruck, Bodenwöhr und Nittenau im Brauereigasthof Jacob in Bodenwöhr gaben sich die Freien Wähler (FW) kämpferisch. Allerdings gab es auch nachdenkliche Töne, wie aus einer Presseerklärung der FW hervorgeht.

Dieses Jahr war die Freie Wählergemeinschaft Bodenwöhr Ausrichter der Veranstaltung. Angesichts vermehrter Angriffe auf die Demokratie vom linken und rechten Flügel stelle sich heraus, wie wichtig der Kampf für ein freies Land sei, so der FW-Landtagsabgeordneter Martin Scharf aus Neunburg. Im Mittelpunkt seiner Kritik stand die AfD.

Doch auch Seitenhiebe gegen die Bundesregierung kamen auf. So verurteilte der neue Vorsitzende der FWG Bodenwöhr, Fabian Schmid, den Kurs der Ampel scharf. Er erinnerte an



**Als Hauptredner trat** der Landtagsabgeordnete Martin Scharf (Mitte) auf. Er freute sich über die Einladung und das Treffen mit den Ortsvorsitzenden und Bürgermeistern. Foto: Daniel Dickert

das Haushaltsurteil, durch das ein Finanzloch von 60 Milliarden entstand. „Schnell war für die Bundesregierung ein Weg gefunden, die fehlenden Mittel aufzutreiben. Die Agrarsubventionen sollten gestrichen werden“, sagte Schmid. Doch dank der anhaltenden Bauernprotesten und der großen Rückende-

ckung durch die Bevölkerung konnte Schlimmeres verhindert werden. „Aber statt arbeitsfähig, jedoch unwillige Mitbürgerinnen und Mitbürger in eine Langzeitbeschäftigung zu bringen, werden die Mittel für das Bürgergeld trotz fehlender Finanzen erhöht und ausgeweitet“, resümierte Fabian Schmid.

Kreisvorsitzender Dieter Jäger hob die Bedeutung der FW für die kommenden drei Wahlen hervor. In den nächsten 22 Monaten stehen die Europa-, die Bundestagswahl sowie 2026 die Kommunalwahlen auf dem Plan. Es sei wichtig, dass die Freien Wähler im Landkreis gut aufgestellt seien, sagte er.

MdL a.D. Joachim Hanisch blickte zurück auf die Anfänge des gemeinsamen politischen Aschermittwochs. Ziel sei es gewesen, mit der Zusammenarbeit der drei Ortsvereine einen Schwerpunkt der FW zu bilden. „Dass diese Tradition so lange durchgehalten hat und immer noch lebendig ist, das freut mich ganz besonders.“

Der neu gewählte MdL Martin Scharf war der Hauptredner – und es war seine erste Aschermittwochsrede überhaupt. „Wir sind die Mitte der Bevölkerung“, sagte er. „Bei uns haben Rechts- extreme und Linksextreme

nichts zu suchen!“ Es beschämte ihn daher umso mehr, dass sich die Linken und die AfD hinter Putin und damit hinter seinen Krieg stellen würden. Von Sahra Wagenknechts Aussage, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern, distanzierte sich Scharf. Für ihn sei es unbegreiflich, welche Aussagen manche Politiker auf Landes- und Bundesebene treffen würden.

Offen stellte er die Frage, ob die Bundesregierung nicht regieren will oder nicht kann. „Wollen die Bundespolitiker unbedingt ihre Ideologien durchsetzen? Wollen sie unbedingt durchsetzen, was in ihren Parteibüchern steht?“. Er habe den Eindruck, die Bürger seien dazu da, diese Politiker zu wählen und zu bezahlen. Dass Politiker umgekehrt Repräsentanten ihres Volkes sind, das zeige die Ampel gerade nicht, sagte er.

„Kein Programm, kein Demokratieverständnis, dafür men-

schenverachtend“, so beschrieb Scharf die AfD. Schockiert zeigte er sich über die Pläne der AfD und einiger rechter CDU-Politiker zur Remigration ausländischer Mitbürger. In Parlamenten hätten solche Politiker nichts zu suchen. Es sei jeder Einzelne gefragt, eindeutige Position zu beziehen und sich der Diskussion zu stellen, so Scharf.

Er berichtete von seinen Erlebnissen auf einer Demonstration gegen Rechtsextremismus die er besucht hatte. Dort sei versucht worden, einen Keil hineinzutreiben, indem demokratische Parteien wie die CSU und die Freien Wähler mit Parolen an den rechten Rand geschoben worden seien. Er wünschte sich, dass sich SPD und Grüne in solchen Situationen an die Seite der demokratischen Parteien stellen. Hier sollten die Emotionen kontrolliert werden, um gemeinsam für die Demokratie zu kämpfen.